

Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Nr. S 1-60 Deutschland Mark 1-20
(inkl. Postzustellung)
Öst. Postsparkassen-Konto Nummer 119.471**(OPPOSITION)**Redaktion und Administration:
XVI., Hyrtlgasse 19/4 Telefon R 30-9-58

Preis 15 Groschen

November 1929

3. Jahrgang. Nr. 48

Nieder mit dem Faschismus!

Was will die Bourgeoisie jetzt?

Offene kapitalistische Diktatur zur schrankenlosen Ausbeutung der Arbeiter, das ist das unverrückbare Ziel der Kapitalistenklasse.

Aber was will sie jetzt? Jetzt will sie auf dem Wege zu ihrem Ziel legal, mit Hilfe des außenparlamentarischen Heimwehrdruckes, so weit vorstoßen, daß sie sich als Ausgangsstellung für das weitere Vorgehen vor allem die legale Etablierung eines Bundespräsidenten mit fast diktatorischen Rechten sichert. Das zu leisten, ist die Aufgabe der Schoberregierung. Dieser Bundespräsident — Seipl ist dazu ausersehen — soll dann mit seinen legalen diktatorischen Rechten legal die volle offene kapitalistische Diktatur verwirklichen, den Faschismus, und schließlich die Habsburger wieder auf den Thron führen. Unterwegs soll natürlich der letzte Rest des revolutionären Schutts beseitigt werden: die Arbeitslosenunterstützung, der Achtstundentag, das Betriebsrätegesetz, die Sozialversicherung, der Mieterschutz usw.

Kann Schober auf diese Weise legal nicht weit genug vorstoßen, legal nicht eine genügend starke Ausgangsstellung für den weiteren Vormarsch sichern, dann soll er einer Staatsstreichregierung Platz machen. Die soll dann mit Verfassungsbruch und Gewalt, maskiert durch irgendeinen Volksabstimmungsschwindel, also faschistisch, den Weg zur offenen kapitalistischen Diktatur und schließlich zur Wiederherstellung der Monarchie freilegen.

Der Krach der Bodenkreditbank hat einzelne Kapitalisten umgeworfen — sie sind weich gefallen — die kapitalistische Klasse wurde durch die Konzentration nur gestärkt.

Kunschaks Getue widerspiegelt die Sorgen des konservativen Teiles des Kleinbürgertums, taktisch soll dadurch der letzte Rest proletarischer Gefolgschaft der Bourgeoisie erhalten bleiben.

Die Taktik der Bourgeoisie mit der Schoberverfassung ist die Taktik der galizischen Pferdehändler. Sie will für den weiteren Verlauf weit mehr, aber jetzt ist sie mit viel weniger zufrieden als sie fordert. Sie hat absichtlich ihre Forderungen jetzt außerordentlich überspitzt. So kann sie der Sozialdemokratie Konzessionen machen, dennoch aber erreichen was sie will, während zugleich dieselben Konzessionen es der Sozialdemokratie ermöglichen sollen legal nachzugeben, sich gegenüber den Massen mit „Erfolgen“ auszuweisen, um sie vom Massenkampf gegen die Bourgeoisie abzuhalten.

Was will die Sozialdemokratie jetzt?

Wir sprechen nicht von ihrem Feiertagsziel. Das wirkliche Ziel der Sozialdemokratie ist: Zusammenarbeit mit den Kapitalisten in Wirtschaft und Staat. Sie will einen gewissen Anteil haben an der Leitung der kapitalistischen Wirtschaft, des kapitalistischen Staates, damit sich auch für das Kleinbürgertum im Kapitalismus leben lasse und auch für die Arbeiter ab und zu etwas abfalle.

Die Konkurrenz auf dem Weltmarkt hat sich so verschärft und verschärft sich immer mehr, daß die Kapitalisten nicht mehr imstande sind den frommen Wünschen des freisinnigen Teiles des Kleinbürgertums, eben der Sozialdemokratie, entgegenzukommen. Der sich auf äußerste — gerade durch die stürmische Zentralisation und Konzentration der Betriebe — verschärfende Konkurrenzkampf zwingt die Kapitalisten, die österreichischen ganz besonders, eine solche Steigerung der Ausbeutung der Arbeiter ins Auge zu fassen, die mit den der Sozialdemokratie zusagenden Methoden nicht zu erreichen, geschweige den zu behaupten ist. Die Kapitalistenklasse kann daher jetzt die Zusammenarbeit mit der SP nicht brauchen. Sie braucht die an keine Schranken gebundene Herrschaft, um die an keine Schranken gebundene Ausbeutung zu verwirklichen, mit einer Wort, sie braucht die Diktatur sans phrase.

Das Kleinbürgertum, gewohnt den Notwendigkeiten des Kapitalismus Rechnung zu tragen, hat nur eine Sorge: eben diese Notwendigkeiten zu erfüllen und dennoch — die Arbeitermassen hinter sich

zu halten. Und diesen Notwendigkeiten der Kapitalistenklasse Rechnung zu tragen, ohne daß die Arbeiter das merken, das ist jetzt das Ziel der Sozialdemokratie. Daher ihre Taktik: vor den Arbeitern tut sie als sei sie zum Kampfe auf Tod und Leben entschlossen — hinter den Kulissen ist sie bereits mitten drin' sich den Notwendigkeiten der Bourgeoisie zu beugen.

Die 47 Reichskonferenzen der Gewerkschaften sind eine Mobilisierung der Gewerkschaftsbureaucraten, nicht der Massen. Wollten sie die Massenmobilisierung zum Kampf, welch besseres Mittel gäbs, als in allen Betrieben Arbeiterräte wählen zu lassen und den Arbeiterrat einzuberufen. Aber sie denken nicht im Traum an Kampf. Hinter dem Gepolter der „Donnerworte“ der sozialdemokratischen Führer steckt nicht ein Funke ernstes Kampfwillens, sondern nur der Wunsch die Arbeiter ruhig zu erhalten und sie nicht merken zu lassen, das, was wirklich vorgeht: die alles bisherige weit übersteigende sozialdemokratische Kapitulation.

Die Sozialdemokratie ist bereit fast alles zu schlucken, aber „verfassungsmäßig“, d. h. wenn es mit ihr vereinbart wird. Es soll nach außen ausschauen, als ob sie nicht unter Zwang tue, sondern freiwillig.

Nur einen Preis verlangt sie für ihre „freiwillige“ Zustimmung. Sie will endlich einmal — „Ruhe und Ordnung“. Die „innere Abrüstung“, diese zentrale Forderung der sozialdemokratischen Kleinbürger, läuft darauf hinaus, daß die Arbeiterklasse der kapitalistischen Wehrmacht, der kapitalistischen Polizei, der kapitalistischen Gendarmerie, den kapitalistischen Gerichten, mit einem Wort dem kapitalistischen Staatsapparat sich rückhaltlos unterordne, darauf also: dem Versuch der Ausbeuter die kapitalistische Herrschaft, die proletarische Knechtschaft zu verewigen die Bahn zu ebnet.

Die Sozialdemokratie ist — das wissen die Kapitalisten — zu jedem Opfer für die Bourgeoisie bereit — auf Kosten der Arbeiter. Das Hindernis ist nicht die Sozialdemokratie, sondern die Arbeiter. Wie lange werden die Arbeiter die sozialdemokratische Politik, diese Politik der Aufopferung der proletarischen Klasseninteressen, weiterhin ruhig mitmachen? Das ist die Frage. Offenbar solange, als sie die Grundlehren ihrer eigenen Geschichte seit dem Umsturz nicht verstehen.

Wie ist die Arbeiterklasse in die heutige Lage gekommen?

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag hat Bauer gemeint: die Sozialdemokratie sei an Stimmen und Mitgliedern gewachsen, die Bourgeoisie an Gewehren, daraus erkläre sich die Lage. Wie die Lage zeigt, war dieser Einfall der Kapitalisten nicht schlecht, denn zweifellos stehen sie mit ihrer Gewehrsammlung stärker da als die sozialdemokratischen Führer mit ihrer Stimmzettelsammlung.

Allein wie so kommt es, daß die Bourgeoisie Stimmzettel und Waffen ansammeln konnte, die Arbeiterklasse jedoch nur Stimmzettel?

In der „Arbeiter-Zeitung“ (26. d.) beweist ein gewisser Löw der Bourgeoisie daß sie mit der Heimwehr begonnen hat und dann erst der Schutzbund gefolgt ist. Allein Löw beweist — ohne es zu wollen — viel, viel mehr. Jeder Arbeiter soll Löws Artikel lesen. Da erfährt er nun, wie die Heimwehren 1918, 1919, 1920 entstanden sind und sich bewaffnet haben. Doch gerade in diesen Jahren war die Sozialdemokratie führend in der Regierung, hatte die Volkswehr, hatte den Arbeiterrat hinter sich, hatte die Möglichkeit einzugreifen und — hat nicht einen Finger gerührt, um die Bildung und Bewaffnung der Heimwehr zu verhindern! Wohl aber hat sie die Arbeiterwehren entwaффnet, aufgelöst. Wohl aber hat sie die Volkswehr, den Arbeiterrat aufgelöst. Nicht angetastet hat sie den von der Monarchie übernommenen kapitalistischen Staatsapparat. Das Schlauchelr Friedrich Adler, der sich heute in Zürich in „Reserve“ hält, um im kritischen Moment die Arbeiter um eine Etappe länger

an der Nase ziehen zu können, ist damals, als man Schober & Co. glatt hätte absetzen können, vor keinem Mittel zurückgeschreckt, um uns diesen seinen Liebling zu erhalten. Kein Arbeiter durfte unter Eldersch in die Polizei, dafür ließ er tausende arbeiterfeindliche Elemente aus Mistelbach und Umgebung in die Polizei aufnehmen. 1918 — 1920!

Die Seipel und Vaugoin brauchten nur fortzusetzen, wozu 1918—1928 die Renner — Eldersch — Deutsch — Bauer — Adler — Seitz den Grund gelegt. So

— durch die Schuld der Sozialdemokratie! — ist der heutige absolut arbeiterfeindliche Staatsapparat entstanden!

Im Frühjahr 1927 hat die SP den letzten Rest der für die Arbeiter greifbaren Waffen ausgeliefert (Arsenal). Die Gewerkschaftskommission kündigte damals „außerordentliche Maßregeln“ an, um den Massen vorzutauschen, daß etwas geschehen werde den Raub zu verhindern. Natürlich hat sie in Wirklichkeit keinen Finger gerührt. Diesen Trick mit den „außerordentlichen Maßnahmen“ wiederholen heute die 47 Reichskonferenzen der Gewerkschaften.

Am 15. Juli 1927 hat die Sozialdemokratie die Bewaffnung der Arbeiter verhindert. Wer das bisher noch nicht geglaubt hat, der lese es schwarz auf weiß in der „AZ“ vom 24. d. M. aus der Feder Schorsch's.

Zwangsläufig mußte so durch die sozialdemokratische Politik die Bourgeoisie erstarken, daß sie sich jetzt erlauben kann zum Wurf nach der offenen kapitalistischen Diktatur. Die heutige, für die Arbeiter so überaus gefährliche Lage, sie ist nicht von selbst gekommen, sondern als Folge der sozialdemokratischen Politik.

Dieses niederschmetternde Ergebnis drückt am schärfsten aus den Bankrott der Sozialdemokratie als proletarischer Partei. Noch erkennen das wenige Arbeiter. Aber die Tatsachen werden das Gebäude der sozialdemokratischen Phrasen noch viel grausamer zuzerreißen und werden mit schwersten blutigen Argumenten das wahre Wesen der Sozialdemokratie verstehen lehren. War einmal die historische Rolle der Sozialdemokratie die, die Arbeiterklasse zu erwecken, so ist ihre Rolle heute — historisch gesehen — nur noch die, der Arbeiterklasse zu zeigen, wie es — nicht zu machen ist.

Das bedeutet nicht, daß der Aufstieg der Sozialdemokratie abgeschlossen sei. Keineswegs. Vor den sozialdemokratischen Führern steht noch eine glänzende Karriere. Sie werden emporklimmen auf den Pfaden Briands, Millerands und auch Mussolinis, Pilsudskis. Sie werden ihr pazifistisches Jungfernhütchen abwerfen und werden sich mannbar — streitbar vermählen mit der wirklichen Macht — gegen die Arbeiter!

Wer wird siegen?

Das große kombinierte Manöver der Bourgeoisie und Sozialdemokratie die Arbeiter kampfflos aus so überaus wichtigen Positionen zu drängen mag diesmal vielleicht noch gelingen. Der Punkt wird kommen, vielleicht früher als mancher denkt, wo es mit dem größten Betrugsmanöver nicht mehr geht, wo es nur mehr geht mit der blutigen Klassenentscheidung.

Wenn die Arbeiter nicht kämpfen — wird die Bourgeoisie siegen.

Aber die Arbeiter werden kämpfen, werden sich wie eine Springflut erheben und werden siegen!

Die Massen selbst werden die proletarische Sache retten, trotz des Verrats der Sozialdemokratie, trotz des Versagens der Kommunistischen Partei. Die Kommunisten aber werden in und mit den kämpfenden Massen die Klassenpflicht erfüllen.

Nur in der Perspektive geht es jetzt um die proletarische Diktatur. Es kann nicht anders sein beim Nichtvorhandensein einer ersten kommunistischen Partei. Auf dem Rücken der unter ungeheuren Opfern siegenden Massen wird emporkommen zunächst — trotz allen Verrates — die Sozialdemokratie.

Aber zugleich werden die Bedingungen erstehen für das Entstehen und Wachsen der proletarischen

Klassenpartei, der ersten Kommunistischen Partei, der Kommunistischen Massenpartei. Desto früher wird diese Möglichkeit zur Wirklichkeit werden, je schneller der Kern von gesunden Elementen in der KP sich zusammenfindet, zusammenschließt, vereinigt mit der Linksoption zur marxistisch-leninistischen Reform der Partei.

Aus der Tiefe in die die Kapitulationspolitik die Arbeiter geschleudert, wird nur die geeinigte, gereinigte kommunistische Partei sie emporführen. Hier liegt der Schlüssel zur Zukunft. Aber auch zur Gegenwart! Je früher die Kommunistische Partei geeinigt und gereinigt aufersteht, im Kleinkampf des Tages um das Vertrauen der Massen ringend, desto

leichter, desto sicherer der Sieg der Arbeitermassen in der unvermeidlich herannahenden entscheidenden Klassenauseinandersetzung, die unter Umständen sehr bald kommen kann und verwirklichen muß die Losung:

Zerschmetterung des Faschismus!

Zum 12. Jahrestag der Oktober-Revolution.

Wo steht Sowjetrußland heute, 12 Jahre nach dem siegreichen Oktober?

Blicken wir den Tatsachen ins Auge. Damals haben die Kapitalisten gezittert — heute lächeln sie über Sowjetrußland. Wer fürchtet Sowjetrußland heute? Die internationale Geltung Sowjetrußlands ist bedeutend gesunken.

Die Hauptschuld trägt gewiß die Sozialdemokratie, die durch ihre Politik in allen Ländern herbeigeführt, daß sich die Bourgeoisie wieder emporgearbeitet hat und immer stärker auf Sowjetrußland drückt.

Aber daß die Sozialdemokratie ihre antiproletarische Politik treiben konnte und noch immer treiben kann, ohne auf wachsenden Widerstand der Arbeiter zu stoßen, das dankt sie Sinowjew, Bucharin, Stalin.

International führt der Weg Stalins über den Bankrott in England, über die Katastrophe in China zur immer weiter fortschreitenden Zersetzung der Kommunistischen Parteien. Als Organ zur Gewinnung der Arbeiter für die proletarische Revolution sind sie für Stalin nicht vorhanden. Er hat der internationalen proletarisch-revolutionären Politik entsagt.

Nur noch als Mittel die Arbeiter über den wahren Charakter der Stalinpolitik zu täuschen, mißbraucht er die Kommunistischen Parteien. Das alles verbirgt er hinter der Formel:

„Aufbau des Sozialismus in einem Lande“

Wie stehts mit diesem „Aufbau“? Beiläufig so wie mit dem berühmten Otto Bauerschen „Aufbau“ in Oesterreich. Gewiß, in Sowjetrußland wird aufgebaut. Riesige Industriebetriebe, gewaltige landwirtschaftliche Betriebe, gigantische Werke, die Bewunderung heischen. Aufgebaut wird in Sowjetrußland:

aber für wen?

Wer hat den Nutzen vom „Aufbau“? Nun, die Kulaken, Nepleute, Bürokraten, Auslandskapitalisten, nur nicht — die Arbeiter!

Den russischen Arbeitern geht es schlecht, sehr schlecht. Das ist die Wahrheit. Ihre Arbeitsleistung wird fort gesteigert, ihre Lebenshaltung fort gesenkt.

Wir sind für die kommunistische Rationalisierung. Im proletarischen Staate müssen wir

Arbeiter, wenn es notwendig ist, unsere Arbeitsleistung bedeutend steigern. Aber die Mehrleistung muß den Arbeitern zugute kommen. Sie muß ihnen nicht sofort zugute kommen. Unter Umständen müssen wir mehr arbeiten, selbst wenn es uns vorübergehend sogar schlechter geht. Allein dies nur unter der Bedingung, daß unsere Arbeit, unsere Entbehrung zugute kommt unserem, dem proletarischen Staate, der diese Stärkung künftig umsetzt in eine Besserung der Lage der Arbeiter. Unter Stalin wird nicht kommunistisch rationalisiert, sondern kapitalistisch. Die Früchte der Rationalisierung ernten nicht die Arbeiter, nicht der proletarische Staat, sondern Kulaken, Nepleute, Bürokratie, Auslandskapitalisten.

Das ist die unvermeidliche Folge der Politik Stalins.

Das Wesen der Stalinpolitik

besteht darin, daß sie äußerlich gegen rechts vorgeht, aber gleichzeitig immer schärfer nach links schlägt, das heißt, die einzige Kraft schwächt, auf die gestützt ein wirksamer Kampf gegen rechts überhaupt möglich ist. Ohne stärkste Anteilnahme und Druck der aktiven Arbeitermassen ist ein wirksamer Kampf gegen die kapitalistischen Elemente unmöglich. Was

anders aber bedeutet die Ausweisung Trotzky's, die Verbannung und Einkerkerung der Linksoptionellen anders, als die Köpfung des aktivsten, entschlossensten Teiles, eben des linken Flügels der Arbeiterklasse. Von welchen Absichten Stalin immer ausgeht, in ihrer Auswirkung schwächt seine Politik die Arbeiterklasse und stärkt die kapitalistischen Elemente.

Infolge der wachsenden Ausbeutung und der Not hat die Unzufriedenheit der russischen Arbeiter in der letzten Zeit merklich zugenommen. Stalin hat daher eine ganze Reihe von Forderungen der Linksoption „übernommen“ — das heißt, er führt sie nach Stalinart, daher ohne Wirkung, durch — und hat mit den Exponenten der kulakischen Elemente in der Partei, die den Kulaken zugerufen „Bereichert Euch!“, mit den Bucharin & Co. gebrochen.

Stehen wir vor einer Wandlung Stalins?

Vor einer Wandlung? Nein! Denn Hand in Hand damit verschärft er die Hetze gegen links.

Vor einer Wandlung? Ja! Stalin wird nun die Rechtswirkungen seiner zentristischen Politik immer weniger maskieren können durch Attacken gegen die Parteirechten. Er ist eingetreten in die dritte Phase der Vorbereitung zum Thermidor, in die Phase des isolierten Stalin. Dort wo Robespierre stand, als er den Hebertisten die Dantonisten nachgeschickt, dort steht heute Stalin.

Da den kapitalistischen Elementen die Spitze ihres Parteiminierapparates (die Bucharin & Co.) nun abgebrochen ist, müssen und werden sie übergehen zum offenen Angriff.

So werden die russischen Arbeiter immer mehr gestellt werden vor die Frage: mit Stalin untergehen — oder Schluß mit dem stalinistischen Zickzack, Parteireform mit der Linksoption und vorwärts zum klaren unbeugsamen Kampf gegen die kapitalistische Front!

Die Möglichkeit eines ersten Wechsels naht! Den proletarischen Kern in der Partei die Zeichen der Zeit näher zu bringen, das ist der Zweck des

Offenen Schreibens,

das unter Führung Rakowskys 400 eingekerkerte linksoppositionelle Führer an das Zentralkomitee der russischen KP gerichtet haben. Trotzky hat dieses Offene Schreiben in der Grundlinie gebilligt und sich ihm angeschlossen. Da ist keine Rede von Kapitulation, von einer Preisgabe der oppositionellen Auffassungen im Stile der Kapitulant Sinowjew bis Radek.

„Da die Ereignisse vollkommen die Ideen des Oppositionsprogramms, auf das Ihr beständig zurückgreifen müßt, bestätigt haben, fordern wir Euch auf den Fehler, den Ihr begingt, in dem Ihr uns aus der Partei ausgestoßen habt, durch unsere sofortige Wiederaufnahme wieder gut zu machen.“ So spricht Rakowsky—Trotzky!

Wir haben das offene Schreiben nicht nur gebilligt. Nachdem wir schon vorher in Nr. 47 die Losung der Einigung aller Kommunisten auf marxistisch-leninistischen Boden unterstrichen, haben wir am 16. Oktober unsererseits ein Offenes Schreiben an die Mitglieder gerichtet, dessen Wortlaut wir an anderer Stelle veröffentlichen.

Stalins Antwort war: Verhaftung und Abtransport Rakowskys in ein sibirisches Gefängnis. Aber das Offene Schreiben wird seine Wirkung auf die gesunden Teile der Mitgliedschaft nicht verfehlen und

auch unser offenes Schreiben, das die Linie Trotzky's-Rakowskys österreichisch zuspitzt, wird Einfluß üben auf die Einstellung der gesunden Elemente in der Parteimitgliedschaft.

Der proletarische Charakter Sowjetrußlands.

Anläßlich des sowjet-chinesischen Konfliktes sind selbst in den Reihen der internationalen Linksoption Zweifel am proletarischen Charakter des Sowjetstaates laut geworden. Diese Zweifel sind grundfalsch und gefährlich! Für das marxistische Urteil entscheidet da nicht der Blick auf die Spitze, sondern der Blick auf die Arbeitermassen! Die Stalinpolitik, die Stalinregierung, die Stalinführung sind nicht proletarisch — aber ihre Fehler und Verbrechen sind nicht Fehler und Verbrechen der russischen Arbeiter. Der Sowjetstaat, das ist die russische Arbeiterklasse, der heutige Sowjetstaat, das ist die durch den Kleinbürger Stalin vergewaltigte Arbeiterklasse. Nicht gegen die russischen Arbeiter, nicht gegen den Sowjetstaat, nicht gegen den Staat der russischen Arbeiter dürfen wir uns wenden, sondern wir müssen den russischen Arbeitern helfen diese Stalinwirtschaft zu überwinden. Daher keine „zweite Revolution“, denn sie würde den Sowjetstaat zu Grunde richten, sondern Parteireform, die ohne den Sowjetstaat zu gefährden, die Entartungen, die sich in ihm breitmachen überwindet und eben dadurch den Sowjetstaat stärkt.

Man muß die Nachrichten der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse über Sowjetrußland mit größter Vorsicht aufnehmen. Die Arbeiter-Zeitung z. B. hat, als der Mieterschutz mit Hilfe der sozialdemokratischen Führer durchbrochen war, sofort nachher mit einer großen Kampagne mit Veröffentlichung von Geheimdokumenten der Heimwehr begonnen. Wozu? Zum Kampf gegen die Heimwehr? Warum hat sie das nicht mit dem Kampf um den Mieterschutz kombiniert? Nein, sie wollte damit in erster Linie die Arbeiter vom sozialdemokratischen Mieterschutz ablenken.

Als solches Ablenkungsmittel benützen Bourgeoisie und Sozialdemokratie am liebsten „Nachrichten“ über Sowjetrußland. Durch seine rein negative Darstellung, hat Panait Istrati, der ein guter Dichter

aber ein schlechter Politiker ist, diesem Blätterwald, der ein Mäntelchen braucht um von seiner antiproletarischen Politik abzulenken, einen großen Dienst erwiesen.

Aber wenn das, was Istrati schreibt, wahr ist und wenn die Wahrheit noch ärger wäre — diese Verbrechen — der Revolutionär Rokosky wurde schmählich verfolgt, weil sein Schwiegersohn der Linksoption angehört! — sind nicht Verbrechen der russischen Arbeiter, sind nicht Verbrechen des russischen Arbeiterstaates, sondern sind Verbrechen der Stalinklique! Unsere Aufgabe ist nicht ins Horn der bürgerlichen und sozialdemokratischen Feinde blasend die Verbrechen der Stalinsippe als Waffe gegen den Sowjetstaat zu mißbrauchen, sondern umgekehrt als Waffe gegen die Stalinverbrecher, eben um den Sowjetstaat, den russischen Arbeitern zu helfen sich dieser Sippschaft zu entwinden.

Der Leninbund.

In Deutschland hat die ganze Zeit über der Leninbund in dieser zentralsten Frage hin- und hergeschwankt. Bei jeder Lumperei Stalins hat er immer wieder den proletarischen Charakter Sowjetrußlands angezweifelt. Anläßlich des sowjet-chinesischen Kon-

Die Leber des Chaim Jegudowitsch.

Von Vera Inber.

Das Geschäft des Chaim Jegudowitsch Korner ist ein Universalgeschäft. Dort ist eine gastronomische Abteilung, wo es Schokolade, gesalzenen Lachs und Zunge und Stockfische gibt, wobei alles ohne Ausnahme unerklärbar nach Petroleum riecht. Rechts vom Eingang sind Sättel, Zäume und anderes Pferdezubehör. In der anderen Ecke sind Tassen, Gläser und sogar Likörgläser mit dünnen und langen Beinen wie Störche. Aber die zentralen Stellagen sind von Schnittwaren besetzt. Sie waren die Schwärmerei und das Entzücken der Frauen von Orscha und der Weiber aus den Nachbardörfern. Manch eine in Stiefeln und Schafspelz glotzt, obwohl sie um eine Teekanne gekommen war, auf die Schnittware und steht im Wege, bis Pritzker, der Kommis, erzieherisch sagt:

„Verzeihen Sie, Madame, geben Sie den Verkehr frei. Entweder hierher oder dorthin, das ist nicht schwarz und nicht weiß, jawohl.“

Chaim Jegudowitsch Korner, der Besitzer des Ladens, ist in der letzten Zeit sehr gereizt. Er war beim Arzt gewesen, und der hatte ihm ohne Umschweife und klar gesagt:

„Ihre Leber ist nicht in Ordnung. Was essen Sie gewöhnlich?“

„Faschierten Gänsehals, warum?“

„Enthalten Sie sich dessen. Ich wiederhole, Ihre Leber ist gereizt.“

„Herr Doktor, verzeihen Sie, wenn Sie auch ein tiefgebildeter Mensch sind, aber welche Beziehung hat der Hals zur Leber? Ich sage Ihnen, woran es liegt: an der Gesetzgebenden Versammlung.“

„Wie?“ — Der Doktor verstand ihn nicht.

„Ich sage Ihnen ja, an der Gesetzgebenden Versammlung. Die sitzt mir in der Leber. Wir brauchen sie so dringend und sie ist noch immer nicht da. Das macht mich nervös.“

Der Arzt blieb bei seiner Meinung und sie gingen unzufrieden miteinander auseinander.

Auch Pritzker interessierte sich für Politik und las gierig die Moskauer Zeitungen.

Wenn er aus dem Geschäft nachhause kam — er war Witwer — teilte er seine Erwägungen seinem Sohne Isajtschik mit. Isajtschik, der von einer tuberkulösen Mutter geboren worden war, war immer krank, stand selten auf, war durchsichtig gelb, was ihn aber nicht hinderte, eine ganz bestimmte Meinung über das Leben zu haben.

„Nun, Isajtschik“, sprach einmal Pritzker, ganz naß vom Schnee hereinkommend: „Wie gehts?“

„Mir?“ Die Seite schmerzt. Und du? Zieh die Galoschen aus und nimm den Hering vom Fenster, ich habe ihn dir aufgehoben. Was ist bei euch Neues?“

„Bei uns? Chaim Jegudowitsch ist nicht gesund.“

„Nicht gesund . . . Er platzt ja beinahe. Warum ziehst du die Galoschen nicht aus?“

„Isajtschik, ich behalte sie lieber an.“

„Was noch? Was ist noch geschehen?“

Zuerst schweigt Pritzker, dann muß er alles erzählen. Es kommt zutage, daß eine Tragödie vor sich gegangen war. Er war in den Keller gestiegen, um auf Aufforderung Chaim Jegudowitsch' die Blechkannen voll Petroleum zu zählen. Dabei war Pritzker in eine Pfütze Schwefelsäure gestiegen. Die Säure war in einer großen Flasche, die wegen der Kälte oder aus einem anderen Grunde gesprungen war, die Säure rann aus und die kränklichen Schuhsohlen Pritzkers gingen zusammen mit den Socken zugrunde. Ein Glück, daß die Füße ganz blieben.

Isajtschik hört es, wird grün wie eine Zitrone und benimmt vor Aufregung zu stottern.

„Ich begreife dich nicht, Pritzker“, sagt er, den Vater beim Zunamen nennend, wie das ganze übrige Orscha, „was bist du für ein Mensch? Kannst du nicht zu deinem/Chaim sagen, daß er erstens nicht an Flaschen sparen soll, zweitens in den Keller das Elektrische einleiten soll und drittens dir die Schuhe ersetzt.“

„Mit dem Dritts ist er ja einverstanden“, antwortete Pritzker, sich über den Hering hermachend. „Er gibt mir durchaus anständige Ware aus Chromleder, nur sagt er, daß er sie vom Lohne abziehen wird.“

„Oj, Pritzker, was soll ich mit dir tun? Du bist ja ein Schafskopf, und du warst damit einverstanden?“

„Ich sagte, daß ich mich mit dir beraten werde, Isajtschik“, antwortete Pritzker.

„Nun also: Ich verbiete dir diese Kombination. Entweder soll er umsonst Schuhe geben oder du pfeifst auf ihn.“

„Isajtschik, ich kann nicht pfeifen.“

„Warum? Ja Warum? Aber nur Tatsachen.“

„Die Tatsachen sind, daß er der Chef ist, Isajtschik. Wenn wir auf den Chef pfeifen werden, so wird sich die Welt umdrehen. Aber das ist nicht das Wichtigste, Isajtschik. Kerensky beunruhigt mich.“

„Was denn?“ wirft Isajtschik ein, „was denn?“

„Isajtschik, er gefällt mir nicht.“

„Ja, wem gefällt er denn, frage ich dich? Und was machen „jene“?“

„Jene sitzen in der Smolner Universität.“

„Institut.“

„Einerlei. Gut wäre es, wenn sie von dort herausgingen.“

flktes hat der Leninbund eine Stellung bezogen, die auf eine Verneinung des proletarischen Charakters des Sowjetstaates hinauslief (Theorie vom „Zwitterstaat“). Es war notwendig, daß Genosse Trotzky sich dagegen schließlich öffentlich wenden mußte.

Merkwürdigerweise hat sich die Minderheit im Leninbund, die dagegen kämpft, jenen Landau zu Hilfe bestellt, der, weil er den proletarischen Charakter Sowjetrußlands hartnäckig anzweifelte, aus der KPOe (Opposition) ausgeschlossen wurde und erst noch deutlicher zu beweisen hat, daß er sich aus Ueberzeugung revidiert hat.

Es geht um mehr als eine Schwankung, es geht um die ultralinke Einstellung der Mehrheit der Reichsleitung des Leninbundes. Sie bekämpft das offene Schreiben Rakowsky-Trotzky, weil es die Kapitulationsstimmungen stärke. . . . Nach der Minderheit deshalb, weil die Mehrheit ihren Kurs auf einen Block mit Brandler maskieren will.

Die Antwort der Mehrheit ist nicht überzeugend. Eine „Zusammenfassung“ der linksoppositionellen, parteioffiziellen, brandlerischen, syndikalistischen Gewerkschaftsfraktionen kann etwas sehr Verschiedenartiges sein. Strebt die Mehrheit eine organisatorische Zusammenfassung an? Wenn nein, — warum sagt sie es nicht?! Da sie gerade darüber schweigt, muß man an eine solche glauben. Richtige Einheitsfronttaktik setzt vollkommene organisatorische Selbstständigkeit der KP voraus — und die Komfraktion ist eine parteimäßige Organisation. Wer Einheitsfronttaktik mit organisatorischer Zusammenfassung kombiniert, der mag die besten Absichten haben, er muß auf den Boden der anderen gleiten. Die Minderheit kämpft für die richtige Linie.

Es wird die Klärung in Deutschland und überall auch in Rußland, erleichtern, daß eben jetzt die Rechtsopposition ihr Gesicht etwas klarer zu zeigen beginnt. Am 19. Oktober hat in Weimar die Reichskonferenz der Brandleristen getagt.

Die Brandlergruppe.

„Gegen die russische Vorherrschaft in der Komintern!“ ist ihre Spitzenlosung. Was bedeutet diese organisatorische Formel politisch?

Entweder daß sich die Brandlergruppe um Sowjetrußland gar nicht kümmern will, dann ist sie eine nationalistische Gruppe, die mit dem Kommunismus nichts gemein hat.

Oder sie will sich um Sowjetrußland kümmern — dann muß sie offen antworten: wollt Ihr mit Eurer Politik für Sowjetrußland unterstützen den proletarischen Flügel (die Linken: Trotzky) oder die kleinbürgerliche Mitte (die Zentristen: Stalin) oder den kulakischen Flügel (die Rechte: Bucharin-Rykwow)? Da sie über diese Frage schweigen, so müssen wir sie für sie beantworten: Ihr unterstützt und steht im Bündnis mit der Bucharin-Rykwow-Gruppe, das heißt mit jener Gruppe, die die Interessen der Arbeiter nicht nur unterordnet dem Kleinbürgertum sondern ausliefert sogar den Kulaken.

Das ist der Ausgangspunkt der Bucharin-Rykwow-Brandlerschen Einstellung und von da aus muß ihre Gesamtpolitik bewertet werden. Daher muß die Politik der Rechten auch in Deutschland objektiv, zwangsläufig führen auf den Boden der Sozialdemokratie.

Wir sind gegen die Vorherrschaft nicht nur der Russen, sondern gegen die Vorherrschaft wessen immer in der Komintern.

Aber wir sind für die Führung der Komintern durch die russischen Genossen. Weil sie die größten revolutionären Erfahrungen haben. Weil Sowjetrußland der einzige proletarische Staat. Bis in einem anderen Großstaat die Proletarietdiktatur sein wird, werden im Kampf darum die siegreichen Genossen jene Erfahrung sammeln, die zu einer neuen Form der Führung der KI führen werden. Heute gebührt die Führung den russischen Genossen.

Allein nicht den Sinowjew, Bucharin, Stalin! Die russische Führung ist überhaupt nur noch möglich durch die russische Linksopposition mit Trotzky an der Spitze. Weil diese Genossen durch ihr ganzes Verhalten in diesen

schweren Jahren bewiesen haben, nicht nur daß sie die klarsten unter den russischen Genossen, sondern auch daß nur mehr sie allein die Gewähr bieten, daß sie die Führung nicht umwandeln werden in eine Vorherrschaft. Die Linksoppositionellen Kommunisten haben eine zu schwere Schule durchgemacht, als daß sie die Etablierung einer Vorherrschaft zulassen sollten. So ist Trotzky, so sind die Linksoppositionellen die Garantie, daß der Sieg der Linksopposition keine Vorherrschaft, aber die Führung bringen wird, die notwendige Führung.

Die österreichische Rechte, die ihr politisches Antlitz so sorgsam verhüllt hat, war in Weimar vertreten. Die Kritik dieser Leute an der ultralinken Politik der stalinistischen Zentrale klingt manchmal äußerlich unserer linken Kritik ähnlich. Aber die rechte Kritik geht aus von einem vollkommen entgegengesetzten Klassenstandpunkt! Je mehr die Rechten verständlicherweise darüber schweigen, desto mehr müssen wir sie zwingen international Farbe zu bekennen. Es gilt da dasselbe wie bei Brandler: Ihr hängt am Strick des Bucharin-Rykwow, also müßt Ihr landen bei der Sozialdemokratie.

Diese Schlamm-Riechs haben mit den Stalinisten zusammen die lumpigsten Methoden gegen uns angewendet. Nun schreiben sie dagegen. Wir sind gegen diese Methoden, sie schaden der Kommunistischen Sache — das ändert aber nichts daran, daß für Kulakenfreunde kein Platz ist in der Kommunistischen Partei. Die Partei hat recht getan mit den Rechten zu brechen, sie gehören zur anderen Front.

Klare Front gegen die Rechten! Wer unter ihnen durch die rechte Politik dem Kommunismus zu nützen vermeint, der wird im weiteren Verlauf durch die Erfahrung seinen Irrtum erkennen und in die kommunistischen Reihen zurückkehren — die anderen stoßen zur Sozialdemokratie.

Klare Front gegen die Rechten! Das wird uns den Kampf erleichtern gegen die ultralinke Einstellung der Partei. Dieses bequeme in einen Topf werfen der Linken (Trotzkysten) mit den Rechten, das die Parteimitglieder so verwirrt hat, wird schwerer werden.

Andererseits: je mehr wir die ultralinke Politik durch die linke, d. h. marxistisch-leninistische verdrängen, desto erfolgreicher wird unser Kampf gegen die Rechte. Die rechte Gefahr wird durch das Ultralinktum nur gefördert — erfolgreich bekämpft und überwunden wird sie nur durch marxistisch-leninistische, durch linke, durch — kommunistische Politik.

Ausblick.

Außerlich steht Stalin mächtiger da als je. In Wirklichkeit ist er in seine Krisis eingetreten. Zwei Möglichkeiten nur gibt es:

Entweder es siegt mit dem Sturz Stalins in blutigem Klassenkampf die Bourgeoisie und richtet auf ihre faschistisch-bonopartistische Diktatur —

Oder es siegt durch eine Reform in der Partei an Haupt und Gliedern unter Führung der Linksopposition die Arbeiterklasse.

Für diese Lösung, an der das Schicksal der Arbeiter der ganze Wnelt hängt, kämpfen wir, die Linksopposition, die proletarische Opposition.

Ist diese Lösung möglich? Ist sie wahrscheinlich? Wir sagen: ja!

Die russischen Arbeiter, die in drei Revolutionen, im schwersten Bürgerkrieg unter Strömen von Arbeiterblut die Macht erobert und behauptet — trotz aller Täuschung, trotz aller Vergewaltigung die sie durch Sinowjew, Bucharin, Stalin hingenommen und hinnehmen — letzten Ends, wenns um alles geht — sie werden kämpfen, sie werden siegen!

Noch ist ein starker proletarischer Kern in der russischen Partei. Noch vermeint er durch diese Politik der Konzessionen an die kapitalistischen Elemente der Sache zu nützen und faßt alles andere als unvermeidliche, letzten Ends nicht tödlichgefährliche Begleiterscheinungen auf. Aber die Zeichen der Zeit sprechen eine immer drohendere Sprache, beginnen in die Hirne und Herzen des proletarischen Parteikernes zu dringen:

im Bunde mit diesen Genossen wird uns das Werk gelingen der Partiereform, der Rettung, des Sieges!

Am 12. Jahrestag der Oktoberrevolution rufen wir durch alle Gefahren hindurch, ohne zu zagen, ohne zu schwanken:

Vorbehaltlose Verteidigung des Sowjetstaates im Interesse der russischen Arbeiter, der Arbeiter der ganzen Welt!

Nieder mit der Stalinwirtschaft! Wiederaufnahme der Linksopposition in die Kommunistischen Parteien! Rückberufung Trotzky's, aller Verbanneten und eingekerkerten Linken! Reform der Kommunistischen Parteien und der Kommunistischen Internationale an Haupt und Gliedern! Zurück zur marxistisch-leninistischen Politik! Heran an die Massen! Heran an die Gewinnung der Arbeiter aller Länder für die proletarische Revolution!

Es lebe die proletarische Diktatur! Es lebe die Weltrevolution! Es lebe der Weltsowjetstaat!

Feststellungen.

Auf die Anpöbelungen des Blattes der Roten Hilfe gegen einzelne Genossen der KP (Opp.) stelle ich als ehemaliger Funktionär des Bezirksausschusses der R. H. in Ottakring folgendes fest:

Es ist mir gelungen, mit Hilfe des Gen. Stift und anderer Genossen der KP (Opp.) und der offiziellen Partei die Mitgliederzahl der R. H. in Ottakring von 40 auf über 100 zu steigern. Als Obmann wurde einstimmig ein Genosse der Alserstraße gewählt. Eine Woche nach der Wahl teilte uns der gewählte Obmann mit, daß er seine Stelle als Obmann niederlegen muß; widrigenfalls er entlassen wird. (Er hatte damals eine Parteianstellung.) Es wurde ihm erklärt, daß er mit Leuten von der Opposition, auch nicht in der Roten Hilfe arbeiten darf.

Als mir zu Ohren kam, daß Funktionäre des Bezirkes anstatt von mir, das Propagandamaterial zum Weitertrieb direkt von der Zentrale erhielten, war es mir klar, daß ich als Propagandaleiter hintergangen wurde, um mich unmöglich zu machen. Schön langsam blieben die Funktionäre von den Sitzungen fern. Mitglieder der R. H., die im Verdacht standen, mit uns oppositionellen Kommunisten in Berührung zu kommen, wurden überhaupt nicht mehr kassiert. So wurde die „überparteiliche“ Rote Hilfe Organisation im XVI. Bezirk, welche wir in die Höhe gebracht hatten, ganz zerschlagen.

Einige Monat später erhielt die KP (Opp.) ein Schreiben von der Zentrale der Roten Hilfe, dieselbe zu unterstützen. Die Oppositionsleitung beschloß jeden Monat einen bestimmten Betrag für die Rote Hilfe abzuliefern. Die wurde von der Zentrale der R. H. plötzlich aber abgelehnt. Entweder wollten sie nur Einzelmitglieder, um sie mit dem Stalingift bearbeiten zu können oder hat sie gerechnet, daß die Opposition ablehnen werde.

Trotzdem ich nicht mehr kassiert werde, unterstütze ich nach Möglichkeit verfolgte Genossen. Ersuche die Zentrale, sich zu überzeugen und zwar bei einem ihrer Mitglieder welches XVI. Hyrtlgasse 19 wohnt, wo wir einen verfolgten Arbeiter, der von Euch nichts bekommen konnte, unterstützten.

Um Geldunterstützung hat sich, soweit mir bekannt ist, kein Mitglied der KPOe (Opposition) bei der R. H. beworben.

Um Rechtsbeistand hat sich allerdings Gen. Stift nach dem 15. Juli 1927 als er wegen der Flugzetteln der KPOe (Opposition) wegen Hochverrat angeklagt war, an die R. H. gewendet und zwar über Beschluß der Oppositionsleitung, da diese damals keine andere Möglichkeit hatte, ihm einen Rechtsbeistand zur Seite zu stellen.

Seit wann verlieren Revolutionäre, die sich an die Rote Hilfe um Rechtsbeistand und selbst um Geldunterstützung wenden, das Recht unzulässiges Verhalten des Sekretariats (oder auch der Leitung) der Roten Hilfe zu kritisieren?! Dies ist allerdings die Auffassung der Brodnig, Schorr und Co., das ist die stalinistische Auffassung der Roten Hilfe, eine Auffassung die jeder Revolutionär mit Verachtung von sich weist. Franz Beran, XVI.

„Vom Herausgehen kann keine Rede sein. Es ist noch zu früh für sie. Sie wissen selber, was sie tun müssen“, sagt Isajtschik überzeugt.

Aber es kam der Tag an dem sie herausgingen. Das geschah am 7. November 1917.*

Es verging einige Zeit und die Nachricht drang nach Orscha.

Pritzker kam nachhause, nicht zu erkennen. Seine Haare standen zu Berge, so daß Isajtschik erschrak.

„Wieder Schwefelsäure?“ fragte er.

„Was für Säure, Isajtschik, einfach ein ungeheures Ereignis. Kerensky . . .“

„Nun?“

„Ihn gibt es nicht mehr.“

Isajtschik erhob sich aus den Kisseln.

„Was sagst du?“ fragte er. „Pritzker, sage alles.“

Es war still. Orscha lag im Herbstregen. Uebrigens hatte er gegen Abend aufgehört und eine zarte Eistrinde begann die schimmernden Pfützen zu überziehen. Der Himmel wurde scharfgrün. Und spät nachts ging ein kalter Stern über den noch nicht zugefrorenen, aber schon dicken Dnjepr, über die Pontonbrücke auf.

Isajtschik blickte durchs Fenster auf diesen Stern, überredete lange Pritzker.

„Ihr müßt, verstehst du. Ja! Wenn ich gesund wäre, würde ich schon alles selber machen. Du hörst . . . Morgen, und unbedingt durch die ganze Stadt.“

„Aber Isajtschik . . .“

„Pritzker, widerspruch kein Wort. Rufe alle die Eurigen zusammen.“

Und plötzlich wurde der kleine, verängstigte Pritzker ernst und fest, und sprach:

*Tag der Machtergreifung durch die Bolschewiken. (Anm. des Uebersetzers.)

„Isajtschik, du bist im Rechte.“

Chaim Jegudowitsch stand in schlechter Stimmung auf. Die Nacht hatte er schlaflos verbracht. Seine Leber hatte sich auf das Doppelte vergrößert, jedoch die Gesetzgebende Versammlung saß schon nicht mehr darin. Sie war auf lange Zeit verschwunden.

Ein seltsamer Morgen war in der Stadt: weder ruhig noch unruhig. Chaim Jegudowitsch beschloß, ungeachtet der frühen Stunde das Universalgeschäft des Ch. Korner anzuschauen, mit anderen Worten, sein eigenes Geschäft.

Sich ihm nähernd bemerkte er, daß Pritzker es nicht wie gewöhnlich aufgesperrt hatte, um die Aufräumerin einzulassen. Das Geschäft war ruhig, die Fenster von eisernen Rollbalken, die einzigen in der Stadt, verschlossen; es schien, daß es schlief.

Chaim Jegudowitsch ging von hinten hinein.

Alles war ruhig. Alles war auf seinem Platze. Sättel, Stiefel und Zäume rochen unerschrütterlich nach Leder. Die festen Gurken grüntem im Essig.

Die Stellagen mit Schnittwaren waren wie mit Rauch von der Stille unwunden. Der seltene Moskauer Satin, glänzend und kalt wie eine Pflaume, schmiegte sich an den warmen Pfirsichflanel.

„Ich verstehe nicht“, dachte Chaim Jegudowitsch laut, sich vor die Stellage stellend, „was die Leute noch wollen? Ich gebe ihnen Kredit. Wenn eine Fabrikmarke oder ein Loch unterkommt, gebe ich dieses Stück in Form einer Prämie. Ich gebe ihnen . . .“

Da hörte er, daß der Rollbalken polterte, ein Schlüssel klirrte und durch die Tür trat Pritzker, die Aufräumerin und noch irgend ein unbekannter Gauner.

„Es ist gut, daß Sie gekommen sind, Pritzker“, sagte Chaim Jegudowitsch. „Das beweist, daß Sie ihre Pflicht kennen. Das Geschäft werden wir erst nachmittags aufmachen, und einstweilen werden wir die Bücher durchschauen. Aber wer ist das da?“

„Chaim Jegudowitsch“, antwortete Pritzker. „Sie werden natürlich entschuldigen, aber die Bücher werde ich nicht durchschauen.“

„Aber warum denn Pritzker?“

„Heute ist kein Tag dazu, Chaim Jegudowitsch.“

„Vielleicht wollen Sie etwas kaufen“, frag Chaim Jegudowitsch ironisch fort. „Womit kann ich dienen, Herr Pritzker? Ich bitte keine Umstände zu machen . . .“

„Wir sind gekommen . . . wir brauchen etwas.“

Bei diesen Worten trat Pritzker zur Stellage mit der Schnittware. „Wir brauchen rotes Tuch. Für eine Fahne . . . Für eine Demonstration.“

Chaim Jegudowitsch, der sah, daß man keine Anstalten traf, ihn zu berauben oder zu ermorden, lächelte sogar. Eine rote Fahne — nicht der Rede wert. Mögen sie nur durch die Stadt spazieren. Wer findet das schrecklich?!

„Nehmen Sie, Pritzker“, sagte er, „da hier ist roter Kaliko, ich gebe ihn für die gute Sache. Er ist freilich ein wenig bordeaux und nicht rot, aber das ist nicht wichtig. Nehmen Sie diesen Rest. Da ist ein kleines Loch, der Teufel soll wissen, Ratten oder so etwas, wenden Sie ihn auf die verkehrte Seite. Hier ist der Kaliko. . .“

„Seide“, sagte plötzlich Pritzker und er wurde ordentlich größer in seinen Galoschen (Schuhe hatte er noch keine bekommen). „Allerbesten Atlas nehmen wir. Den allerbesten, ohne jeden Makel. Wir nehmen ihn ohne zu fragen. Wir nehmen soviel als wir brauchen und werden Sie nicht fragen, Chaim Jegudowitsch.“

Und sie nahmen die beste Seide, rot wie Paprika und schwer wie Sahne. Seide, worauf man ruhig Kerensky selber setzen konnte.

Seit diesem Tage war es mit der Leber des Chaim Jegudowitsch endgültig vorbei.

Aus dem Russischen von —K.

An die Mitglieder der K. P. Ö.!

Werte Genossen!

16. Oktober 1929.

Die RF (13. X.) erzählt euch etwas vor vom „Zusammenbruch des Trotzkyismus“. Die verbannten und eingekerkerten linksoppositionellen Kommunisten haben ein Schreiben an das ZK der russischen KP gerichtet, dem sich Genosse Trotzky angeschlossen hat. Dieses Schreiben ist seit 22. August in den Händen Stalins. Warum hat er es nicht längst schon veröffentlicht? Warum veröffentlicht er es nicht jetzt? Warum veröffentlicht es nicht die RF? Weil ihr sonst die Wahrheit erfahren würdet, die Wahrheit die man euch schon lange vorenthält. Die Wahrheit ist die folgende: 1. Die äußere und innere Lage der Sowjetunion wird immer schwieriger. 2. Die Lage der Kommunistischen Parteien in allen Ländern wird immer schwieriger, ihr politischer Einfluß, ihre Mitgliederzahl sinkt. 3. Stalin hat zwar viele Forderungen der Linksopposition übernommen, aber verwässert, zentristisch, das heißt zwischen links und rechts schwankend, darum bleibt auch sein Kampf gegen die rechte Gefahr unwirksam. 4. Diese für das Gesamtproletariat, für die proletarische Revolution so gefährliche Lage hat die russische Linksopposition veranlaßt, sich in einem Briefe, den Gen. Trotzky in seiner Grundlinie billigt, an das ZK der RKP zu wenden und Platz in der Partei zu fordern, um angesichts der anwachsenden Gefahren durch Zusammenschluß der Kommunisten die revolutionäre Front zu verstärken.

Die russische Linksopposition hat nicht kapituliert! Sie fordert ihren Platz in der Partei nicht unter Preisgabe ihrer revolutionären Auffassungen sondern, um „gemäß ihrer Anschauungen die Sache der

Revolution zu verteidigen!“ Das ist kein Manöver, das ist ein ehrliches Angebot, denn sie fordert nur jene Rechte, die nach dem Kommunistischen Statut jedem Kommunisten zustehen. Wir sind überzeugt, Werte Genossen, daß ihr einig seit mit uns in der Auffassung, daß es hoch an der Zeit ist, daß der Bruderkampf unter den Kommunisten ein Ende nimmt, der nur den Kapitalisten und Kleinbürgern (SP) zu Gute kommt, ihn zu beenden durch eine ehrliche bolschewistische Einigung, das heißt durch Einigung auf dem Boden Lenins.

Werte Genossen! Es läge nahe, daß wir, die Mitglieder der KPOe (Opposition), die wir mit Trotzky politisch vollkommen einer Meinung sind und den Brief der Genossen Rakowsky-Trotzky billigen, einen ähnlichen offenen Brief an das ZK der KPOe richten. Warum tun wir das nicht? Weil wir wissen, daß das österreichische ZK, in dieser Frage gar nichts zu reden hat, sondern vollkommen von der Leitung der Stalinfraktion in Moskau abhängt. Von großer Wichtigkeit ist es aber wie ihr, die Mitglieder der KPOe, über die Einigung der Kommunisten denken. Und dazu sagen wir euch: 1. Die Lage der KPOe wird immer schwieriger, ihr Einfluß sinkt. 2. Die Lage des Proletariats in Oesterreich wird immer schwieriger. 3. Es wäre hoch an der Zeit, daß die Kommunisten Schluß machen mit dem Bruderkrieg, daß sie sich einigen auf dem Boden Lenins, sich von den Fehlern der Vergangenheit vor der gesamten Arbeiterschaft reinigend, die rechte Gefahr überwindend und auch die ultralinke Gefahr.

Den ersten Schritt, den ihr, die Mitglieder der Partei, die Arbeiterkommunisten, machen müßt, Werte Genossen, das ist, daß ihr die persönliche Hetze nicht duldet, die die Parteibürokraten betreiben, um

euch eine brüderliche Prüfung der wirklichen Meinungsverschiedenheiten unmöglich zu machen; daß ihr diese Mauer von Lügen und Verleumdungen zerstört, die die Apparatschiki aufgerichtet haben, um eine Einigung zu verhindern; und schließlich daß ihr unsere politischen Auffassungen brüderlich und ohne Vorurteil prüft. Wir unsererseits, Werte Genossen, sagen euch, daß wir uns niemals als eine Partei betrachtet haben und auch niemals das Ziel hatten eine solche zu werden, sondern daß unser einziges Ziel war und ist eine Gesundung der Partei zu erkämpfen, eine gesunde einheitliche Partei. Wir waren und sind eine Fraktion. Unfreiwillig! Die Parteibürokraten haben unsere Rechte in der Partei mit Füßen getreten und uns widerrechtlich aus der Partei gedrängt, es blieb uns kein anderer Weg als die Bildung der Fraktion. Die KPOe (Opposition) ist eine Fraktion deren Ziel ist: die gesunde, einige KPOe auf dem Boden Lenins.

Sowenig die russische Linksopposition, sowenig denken wir an die Kapitulation, das heißt an die Preisgabe unserer Auffassungen. Aber wir denken an die Sowjetunion, an das Weltproletariat, an die Weltrevolution, wir denken daß es hoch an der Zeit ist, den wachsenden Gefahren in verstärkter Front entgegenzutreten und wir glauben mit euch eines Sinnes zu sein, daß es dafür gibt nur ein einziges Mittel: die Einigung aller Kommunisten auf dem Boden Lenins.

Im Interesse der Partei, der Komintern, der Sowjetunion, des Weltproletariats, der Weltrevolution appellieren wir an euch diesen Kampf um die Einigung der russischen Kommunisten, der Kommunisten in der ganzen Welt, der Kommunisten auch in Oesterreich mit aller Kraft zu unterstützen.

Mit kommunistischem Gruß
Die Leitung der Kommunistischen Partei
Oesterreichs (Opposition).

Sind in Hainburg Wohnungsbauten durch die Gemeinde nötig und möglich?

Sooft in Hainburg diese Frage aufgeworfen wurde, war es der Gemeindevertretung höchst unangenehm. Denn ein Eingehen darauf hätte das patriarchalische Verhältnis zwischen Wirtschaftspartei und Sozialdemokraten vielleicht gestört und wurde daher mit der Ausrede abgetan: Es ist kein Geld da, die Gemeinde ist arm und kann sich's nicht leisten. Und noch ein anderer „Grund“ mußte herhalten: Wenn die Leute bei der Gemeinde wohnen, würden sie keinen Zins zahlen. Die Gemeinde baute im vorigen Jahr die Wasserleitung. Aber damit sind doch nicht die Aufgaben einer sich sozialistisch nennenden Gemeinderatsmehrheit erschöpft! Es ist höchste Zeit das Wohnungselend in Hainburg zu beheben. Damit würde den Wohnungslosen und den Arbeitslosen geholfen. In der letzten Mitgliederversammlung der SP wurde gegen uns Kommunisten der Vorwurf erhoben, daß wir uns nur deshalb an der Gemeinderatswahl beteiligen, um die Arbeit der sozialdemokratischen Gemeinderatsmehrheit zu erschweren. Nun, die Arbeiter und Arbeitslosen von Hainburg werden wissen, was sie von dieser Behauptung zu halten haben. Nur der Initiative der Kommunisten ist es zu danken, daß die Arbeitslosen im heurigen Winter eine wenn auch geringe Aushilfe teils an Unterstützung, teils an Kohle und Milch bekommen haben! Würde vielleicht dadurch die Arbeit im Gemeinderat „erschwert“? Oder ist unsere jetzige Forderung nach Wohnungen eine „Erschwerung“? Die Sozialdemokratie erklärt, daß das neue Mietengesetz dazu geschaffen wurde, damit die Gemeinden durch Benützung des Wohnbauförderungsgesetzes in der Lage sind, Wohnungen zu bauen. Nun, daß der Zins erhöht wurde, spüren wir alle, aber von Wohnungen spüren wir gar nichts. Bei erstem Willen wäre es möglich zu bauen und Arbeit zu schaffen. Der Mietzins wäre nur um wenig höher als in den Wanzenburgen. Nachstehendes Beispiel soll es beweisen: Als praktischste Bauart käme bei uns das Einfamilienhaus in Betracht. Nimmt man nun das Gesamterfordernis eines Einfamilienhauses (Baukosten samt Grundpreis) mit 10.000 Schilling an, so hat die Gemeinde den Besitz von „eigenen Mitteln“ in der Höhe von 20 Prozent des Betrages, also 2000 Schilling nachzuweisen. Auf diesen Betrag wird der reine Wert des Baugrundes angerechnet. Nimmt man nun den Wert des Grundstückes mit 500 S an, so müßte also der Bauwerber (die Gemeinde) außer dem Grundeigentum noch bar 1500 S zur Verfügung haben, die bei der Hypothekenanstalt zu hinterlegen wären. Weitere 30 Prozent des Gesamterfordernisses, d. s. 3000 S, müssen als „Darlehen gegen erste Hypothek“ nach Baufertigstellung zugesichert sein. Für die Bauzeit tritt an Stelle dieses Darlehens der „Baukredit“. Für die restlichen 50 Prozent, d. i. für 5000 S tritt nun die Zusage der Bundeszuschüsse für das von der Hypothekenanstalt gewährte „begünstigte Darle-

hen“ ein. Die Frage nach der jährlichen Leistung für die zirka 40jährige Laufzeit des Darlehens ist bei den vorerwähnten Annahmen folgend zu beantworten: Für das „Darlehen gegen erste Hypothek“ ist voraussichtlich eine jährliche Verzinsung und Tilgung von 10 Prozent zu rechnen, während für das „begünstigte Darlehen“ ein jährlicher Zinsen- und Tilgungsbeitrag von ungefähr 3 Prozent zu leisten ist. Für das „Darlehen gegen erste Hypothek“ beträgt daher die jährliche Leistung bis zu 300 S und für das „begünstigte Darlehen“ zirka 150 S, zusammen 450 S. Dazu 50 S jährlich Betriebskosten ergibt insgesamt 500 S jährlich. Die jährlichen Leistungen verringern sich natürlich in dem Ausmaß, als an Stelle des in Anspruch zu nehmenden „Darlehens gegen erste Hypothek“ eigene Mittel treten. Der Zins würde sich monatlich auf etwa 30—35 S stellen und man würde in gesunden Wohnungen wohnen. Obige Ausführungen sind keine Phantasien, sondern sind der Nummer 42 der „Oesterr. Baugewerkschaft“ entnommen.

Arbeiter, Arbeitslose! Wählt zur Vertretung eurer Interessen im Gemeinderat Kommunisten!

Zur Ausrede „es ist kein Geld da“: Im Lande Niederösterreich hat die Sozialdemokratie zusammen mit den Bürgerlichen dafür gestimmt, daß 18 Prozent der Gemeindeumlagen eingezogen werden; ja die Sozialdemokratie hat sogar für das niederösterreichische Budget gestimmt, obwohl darin eine Landeskongrua von 480.000 Schilling vorgesehen ist! Freidenker was sagt ihr dazu?!

Wählt am 10. November Kommunisten!



Arbeiterkulturbund „Spartakus“

Zentraler Sitz:

Gasthaus Fanowitsch,
XVI., Koppstraße 47

Auskünfte und Aufnahmen jeden Mittwoch und Freitag von 7 bis 10 Uhr abends.

Aus den Statuten § 1: Der Arbeiterkulturbund „Spartakus“ hat den Zweck, marxistische Kulturarbeit zu leisten.

Nächster **Bildungsabend**: Freitag, den 15. November, in Aumann's Saal, XVI., Hafnerstraße 46, Thema: Welche Organisationen hat eine Klasse und in welchem Verhältnis stehen diese Organisationen zur Klasse und zueinander? Leiter Diskussion: Gen. Frey.

Bibliothek: Bücherausgabe jeden Freitag, halb 7 bis halb 8 Uhr Gasthaus Fanowitsch, XVI., Koppstraße 47. Genossen, Genossinnen! Nützt die Winterabende zu Eurer Fortbildung aus.

Arbeiterbühne: Montag, 4. November Probe in Stummvoll's Gasthaus, XVI., Lindauerstraße 25.

Wandergruppe: Sonntag, den 3. November: 1. Partei: halb 9 Uhr Endstation 60er Mauer. Weiterfahrt nach Brunn a. G. von dort Wassergespreng—Höllenstein—Jägerwiese (Mauer). — 2. Partei: halb 2 Uhr nachm. Endstation Mauer. Jägerwiese. Hier Zusammentreffen beider Parteien.

Sonntag, den 10. November: Endstation 46er (Ottakring) 1 Uhr mittags: Jubiläumswarte—Hütteldorf.

Sonntag, den 17. November: 1. Partei: Endstation 13er Neuwaldegg 8 Uhr früh. Weidling a. B., Windischhütte—Sophienalpe—Rieglerhütte. —

2. Partei: Endstation Stadtbahn Hütteldorf 1 Uhr mittags Rieglerhütte. (Treffen mit der 1. Partei.)

Sonntag, den 24. November: Endstation Stadtbahn Hütteldorf 1 Uhr mittags Schottenhof—Neuwaldegg.

Im Falle schlechten Wetters treffen sich alle Genossen und Genossinnen im Café Waidinger (Extrazimmer), XVI., Gablenzgasse, Ecke Gürtel (bei Stadtbahnstation Burggasse), 7 Uhr abends. Vortrag, Vorlesung, Diskussion, Schachspiel.

Zu allen Veranstaltungen sind Sympathisierende, sowie Abonnenten der „Arbeiter-Stimme“ eingeladen.

Skandalöse Verkehrsverhältnisse auf der Bundesbahnstrecke Mistelbach—Wien, Nordbahnhof.

So wie auf allen Linien der Bundesbahn in der Umgebung von Wien, ist auch auf dieser ehemaligen Landesbahn der Verkehr insbesondere an Sonntagen ein sehr reger. Der Zug, der um 19.30 Uhr in Korneuburg ankommt, ist gesteckt voll. In Korneuburg, Bisamberg und Langenzersdorf wartet eine Unmasse Menschen auf diesen Zug, der sie nach Wien bringen soll. Der Zug kommt in Korneuburg schon vollbesetzt an. Was tut die Bahnverwaltung um den Anforderungen gerecht zu werden? Sie kuppelt in Korneuburg noch drei Waggons ab und pfercht die Passagiere dieser Waggons in die anderen, schon ohnedies vollbesetzten. Das Abkuppeln und Verschieben dieser Waggons muß der Lokomotivführer dieses Zuges selbst besorgen, was beinahe eine halbe Stunde in Anspruch nimmt. Solange müssen die Passagiere auf das Weiterfahren des Zuges warten, in vollgepferchten Waggons.

Es wird den Fahrgästen das Fahren mit der Bahn durch solche idiotenhafte Praktiken vereckelt, so daß es jeder, der nicht eine Regiekarte hat, vorzieht mit dem Autobus zu fahren, obwohl es teurer kommt. Dann raunzt die Bundesbahnverwaltung über Defizit.
Hans Kroupa, XXI.

Neuerliche Beschlagnahme der „Arbeiter-Stimme“.

Nummer 47 wurde wegen „Aufreizung“ beschlagnahmt und gegen den verantwortlichen Redakteur, Gen. Gründwald, die Anklage erhoben. Hintereinander wurde die „Arbeiter-Stimme“ nun dreimal konfisziert. Die Konfiskationen der „Roten Fahne“ sind nicht mehr zu zählen, es vergeht fast kein Tag, ohne daß die Staatsanwaltschaft irgendwie die R. F. verfolgt. Neuerdings wurde die Hochverratsanklage gegen die R. F. erhoben. Die kommunistische Presse wird also planmäßig verfolgt. Noch bezeichnender aber für den jetzigen Kurs ist die unerhörte Tatsache, daß eine Mitgliederversammlung, die die Partei im zehnten Bezirk veranstaltete, von der Polizei aufgelöst wurde, „weil sie nicht angemeldet sei.“

Druckfehler. In dem Artikel „Die Stalinwirtschaft“ in Nr. 47 soll es im Schluß richtig heißen: „... hilft uns das Banner der Revolution, das die Sinowjiten, die Bucharinen und die Stalinisten...“

Eigentümer Kommunistische Partei Oesterreichs (Opposition) — Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße 236 — Verantwortlicher Redakteur: Franz Kralik, Wien, V., Castellgasse 3 — Druck: Buch- und Kunst-druckerei „Donau“ (Stadler & Co.), Verantwortlicher Leiter Friedrich Stadler, Wien, III., Custozzaggasse 8.

Leo Trotzky. Die Verteidigung der Sowjetrepublik und die Opposition.

(Die Ultralinken und der Maxismus. — Welchen Weg geht der Leninbund) Preis 50 Groschen. Bestellungen an die Administration der „Arbeiter-Stimme“ zu richten. Jeder Arbeiter, insbesondere jeder revolutionäre Arbeiter muß diese wichtige Broschüre lesen!